



Archiv auf CD-ROM
Jahrgang 2001
35,00 €
zzgl. Versandkosten



aktuell
container

suchmaschine

subscribe

forum

impressum



Deutschland braucht keine Berliner Republik

Artur P. Schmidt 27.10.1998

Notwendig ist eine Republik der Innovationen

Die Geschwindigkeit und Wirksamkeit von Transformationen wird vor allem davon abhängen, ob es gelingt, die Macht heutiger Entscheidungsträger einzuschränken und ihnen eine Gegenmacht der Vernunft des Einzelnen und intelligenter Netzwerke entgegenzusetzen.

download

Die Häufung der Skandale in der Politik, deren trauriger Höhepunkt der Sexskandal Clintons repräsentiert, läßt die Frage aufkommen, inwieweit Politiker in der heutigen Zeit ihrer Aufgabe noch gewachsen sind. Hierbei spielt es keine Rolle, ob die Berichterstattung in den amerikanischen Medien zu weit geht oder nicht, sondern entscheidend sind die Wirkungen die diese Skandale hervorrufen.

Schuld an dieser Entwicklung sind auch die heutigen Politikern, denen es bei der Medienpräsenz nicht mehr auf Inhalte ankommt, sondern nur noch darauf, ob die Inszenierungen beim potentiellen Wähler Eindruck erzeugen. Aufmerksamkeit in immer wiederkehrenden langweiligen Talkshows zu erhaschen, ist der heutigen Politikerkaste wichtiger, als wirksame Lösungen zu erarbeiten. Das schlimmste Übel hierbei ist die Feigheit und die Resignation vor allzu unlösbar erscheinenden Aufgaben. Es ist immer einfacher die Lösung von Problemen an nachfolgende Regierungen oder Generationen zu delegieren, anstatt den Mut aufzubringen, jetzt und heute zu handeln und so der Verantwortung für die Gemeinschaft gerecht zu werden.

Wachstum entsteht vor allem durch Innovationen und zwar in allen Bereichen der Gesellschaft. Politiker, die sich nur noch an

Meinungsumfragen orientieren, neigen zum Opportunismus und zur Verhinderung des notwendigen Wandels.

Verschlangung der Politik

Da immer weniger Probleme tatsächlich von Politikern gelöst werden können, wird die entscheidende Aufgabe zukünftig darin bestehen, die Macht der Politiker in Feldern, wo diese keine Kompetenz besitzen, zunehmend einzuschränken. Ein Abbau des Staates in vielen Bereichen der Gesellschaft wird deshalb unvermeidlich. Dort wo Aufgaben dezentral von Bürgern oder lokalen Netzwerken gelöst werden können, muß dieses Potential genutzt werden. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene muß es verbindliche Abmachungen darüber geben, in welchen Bereichen die Politik mitwirken sollte und welche Probleme besser ohne Einfluß des Staates gelöst werden sollten. Nichtstaatliche Organisationen sind meistens schneller, intelligenter und unbürokratischer, wenn es darum geht, Lösungen zu finden.

Es ist ein Skandal, daß viele Politiker heute auf Kosten der Allgemeinheit leben, ohne einen konstruktiven Beitrag zur nachhaltigen Reformen zu liefern. Statt die strukturellen Probleme der Gesellschaft wie Massenarbeitslosigkeit und Überregulierung ernsthaft anzugehen, streiten sie sich um Umschichtungen von Haushaltslöchern oder Reduzierungspotentiale von Sozialleistungen. Wir müssen erkennen, daß es gerade die Vielzahl von Regeln und Verordnungen sind, die die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindern und Innovateure dazu veranlassen, ins Ausland auszuwandern.

Politik erfordert zunehmend systemisches Wissen

Da die wenigsten Politiker eine Ausbildung im Umgang mit komplexen Systemen haben und die Komplexität immer weiter zunimmt, kann die logische Konsequenz nur heißen, deren Einflußmöglichkeiten auf komplexe Systeme auf ein Minimum zu reduzieren. Politiker, die Wechselwirkungen ihrer Entscheidungen nicht bewerten können, sind für die Gesellschaft ein nicht abschätzbares Risiko.

In einer Wissensgesellschaft ist von den Politikern zu fordern, daß sich diese Grundkenntnisse über komplexe Systeme aneignen. Diejenigen Probleme, die zukünftig von der Politik gelöst werden müssen, erfordern nicht nur Politiker mit einem Verständnis für komplexe Systeme, sondern auch einen schlanken Staat. Dies gilt auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung, sei es auf globaler, internationaler oder nationaler Ebene. Der heutige Zustand maximaler staatlicher Regulierung, der auch von Altbundeskanzler Helmut **Schmidt** angeprangert wird, muß in einen Zustand minimaler staatlicher

Lenkung transformiert werden. Nur so kann es gelingen attraktive Rahmenbedingungen für Investoren zu schaffen. In der heutigen Zeit reicht es nicht aus, alles nicht viel anders, aber viel besser als die Vorgänger zu machen, sondern es müssen strukturelle und organisatorische Reformen von großer Tragweite durchgeführt werden.

Das Ende der Politik?

Es ist heute zunehmend gleichgültig, ob die CDU oder die SPD an der Macht ist, da das Gemeinwohl nur noch in Reden vorkommt, anstatt beim Handeln im Vordergrund zu stehen. Wir müssen uns darüber im klaren werden, daß ohne tiefgreifende soziale und ökonomische Reformen die Politik ihre Legitimation verliert, was auch zur Folge hat, daß die Gefahr für Turbulenzen und Krisen zunehmen wird.

Eine Ende der Politik wird es zwar genauso wenig geben, wie ein Ende des Kampfes um Freiheit, jedoch muß die Politik erneuert werden, dazulernen und sich auf die Aufgaben beschränken, wo Kompetenzen vorhanden sind. Es ist nicht mehr hinzunehmen, wenn sogenannte Berufspolitiker nicht mehr über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Berufspraxis verfügen. Gerade in einer Gesellschaft des permanenten Wandels sind von den Politikern auch Managementfähigkeiten einzufordern, die heute noch die wenigsten besitzen. Es muß insbesondere in der Politik davor gewarnt werden, Menschen ohne ein Komplexitätsverständnis, Wissen über innovative Technologien und soziale Kompetenzen an der Macht teilhaben zu lassen, da dies ebenso ein nicht kalkulierbares Risiko in sich birgt.

Neuorganisation der Macht

Der aus dem Nichthandeln resultierende Glaubwürdigkeitsverlust der Machthabenden wirft die Frage auf, ob die heutige Machtverteilung noch zeitgemäß ist. Der Mißbrauch der Macht und der Verfall der Moral scheinen einen Neuanfang in der Politik dringend notwendig zu machen. Der fehlende Mut der Regierungen, fundamentale Reformen einzuleiten, ist zu einer schweren Hypothek für uns alle geworden. Wie lange wollen wir noch zuschauen, wie Menschen, denen es an System- und Managementkompetenz mangelt, Aufgaben lösen wollen, die sie nicht lösen können. An dieser Tatsache wird sich auch durch einen Regierungswechsel nichts ändern, solange nicht die wirklich besten Köpfe unabhängig von einer Parteizugehörigkeit an der Macht partizipieren.

Im neuen Bundestag sollten deshalb zukünftig nicht nur Abgeordnete die Möglichkeit zu reden erhalten, sondern auch Wissenschaftler, Intellektuelle und Top-Manager. In den Debatten sollten Denkanstöße gefragt sein und nicht immer wiederkehrende Phrasen, von denen die meisten, wie der

ehemalige Bundestagsabgeordnete Ehmke ausführte, ohne in durchnummeriert werden könnten. Dieser Vorschlag ist heute aktueller denn je, da er die Möglichkeit eröffnet, die eingesparte Zeit Experten und Vordenkern als Redezeit zur Verfügung zu stellen. Neue Lösungen werden nicht aus Angst vor Diskurs oder Auseinandersetzungen geboren, sondern durch die Selbstreflektion und die Kritikfähigkeit der Teilnehmer.

Innovations-Offensive

Wer den Forschungs-Etat immer weiter kürzt und die Mittel der Hochschulen immer weiter beschneidet, braucht sich nicht zu wundern, wenn immer weniger Spitzentechnologien aus Deutschland kommen. Doch ohne Spitzentechnologien wird es keine Innovations-Offensive geben, die in allen Branchen positive Beschäftigungswirkungen haben wird.

Viele haben leider immer noch nicht verstanden, daß die Informationstechnologien keinen vierten Sektor darstellen, sondern daß sie zu einer erblichen Produktivitätssteigerung in Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen beitragen. Das Drehen an Schrauben, die Senkung von Beiträgen oder das Kürzen von Leistungen sind oftmals nur ein blinder Aktionismus, der die wirklichen Probleme nicht angeht. Eine ökologische Steuerreform ohne grundlegende Weichenstellungen in der Geldpolitik und bei der Innovationsförderung wird am Arbeitsmarkt nahezu wirkungslos verpuffen. Arbeitsplätze werden niemals durch Umverteilungen geschaffen, auch wenn eine gerechtere Verteilung der Steuern dringend notwendig erscheint, sondern vor allem durch von Entrepreneuren hervorgebrachte Innovationen. Eine sogenannte Berliner Republik braucht Deutschland nicht und schon gar nicht die Welt. Was jedoch dringend benötigt wird, ist eine Republik der Innovationen, deren Beitrag darin zu bestehen hat, Lösungen für die Überlebensfähigkeit der Teilnehmer unseres planetaren Ökosystems zu definieren und uns dem von Kant geforderten "Ewigen Frieden" ein kleines Stück näher zu bringen.

Machtfaktor Communities?

Kommunikation ist eine gemeinschaftliche Aktivität von mindestens 2 Teilnehmern, die jedoch mit zunehmender Zahl der Teilnehmer immer besser funktioniert, wenn geeignete Infrastrukturen zur Verfügung stehen. Das Internet liefert ein solche Infrastruktur, die den Aufbau von Communities, d.h. Gemeinschaften ermöglicht. Gemeinschaften sind jedoch nicht dasselbe wie die durch Nationalstaaten geprägte Gesellschaft, vielmehr formen die heute entstehenden Gemeinschaften länderübergreifende globale Netzwerke.

Da die heutige Politik alleine immer weniger in der Lage ist, die weltweiten Probleme wie Massenarbeitslosigkeit oder Umweltprobleme zu bewältigen, sind neue Organisations-

Umwertprobleme zu bewältigen, sind neuartige Organisationen erforderlich, die die Politik bei diesen Herausforderungen unterstützen können. Communities haben den großen Vorteil, daß sie sich selbst organisieren und durch positive Rückkopplungen sehr schnell wandeln können, eine Rolle, mit der die heutige Politik zunehmend Schwierigkeiten hat. Die mit Individuen molekularisierte Gesellschaft braucht jedoch eine dynamische Selbstorganisation der Teilnehmer, um Probleme zu lösen. Die entscheidende Frage, ob dies gelingen wird, ist jedoch die Machtfrage, d.h. ob es den Communities gelingt, an der Macht zu partizipieren.

Neues Wir-Gefühl

In einer kybernetischen Gesellschaft werden globale Probleme nicht mehr durch die Politik gelöst, sondern durch globale Netzwerke, einen Global Brain, dessen Communities und Zivilisationen wesentlich schneller als Politiker Entscheidungen herbeiführen können. Dabei sind die Online-Communities kein Rückschritt zu einer vorindustriellen Zeit, sondern vielmehr eine Evolution der Gesellschaft mit starker sozialer Interaktion, einer Neubesinnung auf gemeinsame Wertsysteme und einem von den Teilnehmern getragenen System von Symbolen mit dessen das Wissen erweitert wird.

Der starke Individualismus der heutigen Ellbogengesellschaft mit Mobbing und Karrierestreben kann durch Communities durchbrochen und in gemeinsame Verantwortlichkeit übergeführt werden. Gemeinschaften haben "gemeinsame" Ziele und designen eine neuartige länderübergreifende Politik, die sich an Lösungen orientiert und nicht an unüberwindbaren Grenzen. Was unserer Gesellschaft heute fehlt, ist ein neues Wir-Gefühl, wie es bei den Deichbrüchen an der Oder zu erkennen war. Communities scheinen wesentlich besser dafür geeignet zu sein, dieses Wir-Gefühl zu erzeugen, als Politiker, deren besonderes Anliegen darin besteht, ihre Diäten zu optimieren und sich Sondervorteile wie Übergangsgelder und hohe Pensionen zu verschaffen.

Von einer Beobachterpolitik zu einer Teilnehmer-Demokratie

Der von multinationalen Konzernen getragene Prozeß der ökonomischen Globalisierung wird von einer sozialen Fraktalisierung, d.h. einer Aufsplitterung, in Communities, überlagert. Der Zusammenschluß bzw. die Überlagerung von Interessen wird in einer zukünftigen Weltgesellschaft zu einer wesentlichen Triebkraft von Veränderungen avancieren.

Die Grenzziehung der Communities orientiert sich an den Teilnehmern und deren Fähigkeit über individuelle und gemeinsame Interfaces die Umgebung wahrzunehmen, mit dieser zu kommunizieren und diese zu verändern. Im Rahmen von

zu kommunizieren und diese zu verändern. Im Rahmen von Communities ist die Europäische Gemeinschaft eine von vielen möglichen Alternativen in der globalen Gesellschaft, gemeinsame Interessen und Ziele zu vertreten. Jedoch sind derartige Gemeinschaften immer nur so lange existent, wie es möglich ist, diese Netzwerke zu lenken und zu organisieren. Versagt die Organisation und ufern in Bürokratien oder Telekratien aus, dann beginnt ein Verfallsprozeß, an dessen Ende erhebliche soziale Verwerfungen und ökonomische Krisen stehen können.

Die Geschwindigkeit und Wirksamkeit von Transformationen wird vor allem davon abhängen, ob es gelingt, die Macht heutiger Entscheidungsträger einzuschränken und ihnen eine Gegenmacht der Vernunft des Einzelnen und intelligenter Netzwerke entgegenzusetzen. Communities basieren anders als das Beobachten und Nichthandeln der heutigen Politiker auf einer Teilnahme der Bürger an den notwendigen Veränderungsprozessen. Damit werden diese eine Vielzahl von Aufgaben, die heute von Politikern übernommen werden, substituieren und damit zu einer Verschlinkung des Staates beitragen.

 [artikel versenden](#)

forum 

Kommentare:

[staat salaat \(gerhard kohl, 31.10.1998 17:32\)](#)

[Wir brauchen mehr Politik statt weniger! \(Dirk Mueller, 30.10.1998 16:29\)](#)

[Wer sind die Entscheidungsträger \(und wie wurden sie es?\) \(Vital Waeber, 28.10.1998 17:41\)](#)

[mehr...](#)

[↑ top](#)

Copyright © 1996-2001. All Rights Reserved. Alle Rechte vorbehalten

Verlag Heinz Heise, Hannover

last modified: 18.07.2001

[Privacy Policy / Datenschutzhinweis](#)

 heise online

redaktion